

Wahlbüro

10. August 2009

Gute Ausbildung sichern - Ausbildungsumlage jetzt!

DIE LINKE fordert – „Gute Ausbildung sichern: Ausbildungsumlage im dualen System einführen; Ausbildungsentgelte grundsätzlich tariflich vereinbaren; außer- und überbetriebliche Ausbildungen mit betrieblichen gleichstellen; Jugendarbeitsschutz ausbauen und Jugendvertretungen stärken“. (Bundestagswahlprogramm 2009)

Ausbildung in der Krise

In der Krise steigt nicht nur die Jugendarbeitslosigkeit dramatisch an, auch im Bereich Ausbildung droht eine weitere massive Verschlechterung der Situation. Im Jahr 2008, noch vor dem Konjunkturereinbruch, gab es bereits zu wenige Ausbildungsplätze. Jetzt zeichnet sich eine Reduzierung der Ausbildungsplätze um 50.000 auf 570.000 ab. Bereits letztes Jahr suchten 320.000 Jugendliche vergeblich einen Ausbildungsplatz. Insgesamt haben 1,5 Mio. junger Erwachsener zwischen 20 und 29 Jahren keinen Berufsabschluss. 15% eines Jahrgangs bleiben ohne Berufsausbildung. Vor allem auf gering Qualifizierte wirkt sich die Krise derzeit aus. So hatten im Mai 2009 fast 27 Prozent aller Arbeitslosen unter 25 Jahren keinen Schulabschluss, fast 55 Prozent aller Hartz-IV-EmpfängerInnen waren ohne Berufsabschluss.

Der Steinmeierplan – Versprechen ohne Ende

Während die SPD sich in ihrer elfjährigen Regierungszeit beharrlich geweigert hatte, eine Ausbildungsplatzumlage einzuführen, so wie dies Gewerkschaften und auch DIE LINKE fordern, erklimmt sie jetzt mit dem Steinmeierplan und dem Regierungsprogramm mit einer „Berufsausbildungsgarantie für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben“ (SPD-Regierungsprogramm) den Gipfel der Unglaubwürdigkeit. Wie das umgesetzt werden soll, ohne Druck über eine Ausbildungsabgabe oder einen Rechtsanspruch zu machen, bleibt das Geheimnis von Steinmeier und der SPD. Die Ausbildungsmisere, die man selbst mit angerichtet hat, wird beklagt. Gleichzeitig werden keine konkreten Maßnahmen vorgeschlagen, um hier Abhilfe gerade auch angesichts der Krise zu schaffen. Im Steinmeier Plan heißt es wieder einmal blumig: „Die Wirtschaft ist gefordert, ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen, auch durch die verstärkte Nutzung von Ausbildungsnetzwerken kleiner und mittelständischer Betriebe.“ Es bleibt also bei SPD-Appellen. So wie in den letzten elf Jahren. Auch für die schwammige Berufsausbildungsgarantie jedenfalls sollen die Unternehmen nicht in die Pflicht genommen werden.

Ausbildungsplatzabgabe Warum?

Ohne Ausbildungsplatzabgabe von Unternehmen wird sich die Ausbildungssituation nicht verbessern. Während SPD/CDU/CSU und FDP und Grüne sich in erster Linie auf Appelle an die Wirtschaft verlassen, fordern DGB, nahezu alle Einzelgewerkschaften und DIE LINKE die Ausbildungsplatzabgabe. Ziel ist es, finanziellen Druck auf die Unternehmen auszuüben, damit diese mehr Azubis ausbilden. Bei einer stärkeren Ausbildung in den Unternehmen könnte auch die von der öffentlichen Hand organisierte Ausbildung wieder zurückgefahren werden, zu der der Staat sich durch den wachsenden Mangel an Ausbildungsplätzen gezwungen sieht. Damit könnte auch das bewährte duale System der Berufsausbildung gestärkt werden. Durch die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe könnten sich Unternehmen auch nicht mehr wie bisher aus der Ausbildung zurückziehen, ohne finanzielle Nachteile befürchten zu müssen. Stattdessen würden sie die Ausbildung in anderen Unternehmen mitfinanzieren, von der sie ja schließlich auch mit profitieren. Dadurch könnte auch der Trend gestoppt werden, dass immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene ohne Ausbildung blieben und die Unternehmen immer mehr finanzielle Lasten der Ausbildung auf die öffentliche Hand verlagern. Trotz Steinmeierpakt will die SPD davon auch weiterhin nichts wissen. Es gilt, was der damalige Vizekanzler der schwarz-roten Koalition und Parteivorsitzende der SPD Franz Müntefering am 27.05.2006 im Interview erklärte: "Eine Abgabe wird es nicht geben. Diese Diskussion ist abgeschlossen."

Zum Weiterlesen:

Arbeitsmarkt Aktuell DGB Bundesvorstand Juli 2009:

http://www.dgb-jugend.de/themen/meldungen/krise-jugend/data/Jugend_Krise.pdf

PM MdB Nele Hirsch: Linke unterstützt Petition für Grundrecht auf Ausbildung
<http://www.dailynet.de/Politik/15916.phpm>

PM MdB Nele Hirsch: Ausbildungsumlage ist einzig krisenfeste Ausbildungsgarantie

<http://www.nele-hirsch.de/details-aktuelles-home/article/2144/1/>

PM MdB Nele Hirsch: Arbeitgeber gefährden die Zukunft von hundertausender Jugendlicher
<http://www.nele-hirsch.de/details-aktuelles-home/article/2143/1/>

Folder Ausbildung MdB Nele Hirsch:

<http://www.nele-hirsch.de/fileadmin/daten/standpunkte/Folder%20Ausbildung.pdf>

Steinmeiers Deutschlandplan:

http://www.frankwaltersteinmeier.de/_media/pdf/Politik_fuer_das_naechste_Jahrzehnt_navigierbar.pdf